

Verdeckte strafprozessuale Ermittlungsmaßnahmen

Bearbeitet von
Thomas A Bode

1. Auflage 2012. Taschenbuch. xxxi, 522 S. Paperback

ISBN 978 3 642 32660 8

Format (B x L): 15,5 x 23,5 cm

Gewicht: 831 g

[Recht > Strafrecht > Strafverfahrensrecht, Opferschutz](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Inhaltsverzeichnis

Teil I Einleitung

§ 1 Problemstellung	3
I. Ein aktueller Beispielfall	3
II. Die sich aus dem Beispielfall ergebenden Grundfragen	4
§ 2 Klärung des Untersuchungsgegenstands und der Grundbegriffe	9
I. Untersuchungsgegenstand	9
II. Erläuterung der Terminologie	10
1. Terminologie des Gesetzgebers	11
a) Strafprozessordnung	11
b) Gesetz zur Neuregelung verdeckter Ermittlungsmaßnahmen	11
2. Der Sprachgebrauch in der Literatur:	
„Heimliche Zwangsmaßnahmen“	11
3. Zwischenergebnis	13

Teil II Kurzer Überblick über die Entstehungsgeschichte der gesetzlichen Regelungen verdeckter Ermittlungsmaßnahmen

§ 3 Entwicklung bis zur Reichsgründung 1871	17
I. Antike	17
II. Mittelalterlicher Strafprozess	18
1. Phase des Akkusationsverfahrens	18
2. Phase des Inquisitionsverfahrens	19
III. Neuzeit	19
1. „Peinliches“ Strafverfahren	19
2. Staatliche geheime Ermittlungen im Absolutismus	20
3. Ansätze zur Beschränkung der Ermittlungsmacht im Frühkonstitutionalismus	21
4. Zusammenfassung	23

§ 4 Entwicklung von 1871 bis in die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg . . .	25
I. Kodifikation strafprozessualer Befugnisse zu verdeckten Ermittlungsmaßnahmen bis 1933	25
1. Regelung der Postbeschlagnahme in der StPO	25
2. Einfachgesetzliche Regelung des Telegraphengeheimnisses	26
3. Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis in der Weimarer Reichsverfassung	26
4. Regelung der Fernmeldeverkehrsüberwachung in § 12 Fernmeldeanlagenengesetz	26
a) Überwachung von Verbindungsdaten statt Kommunikationsinhalten	27
b) Diskussion um möglichen Missbrauch der Fernmeldeüberwachung	27
aa) Befürchtung des Missbrauchs zu politischen Zwecken	27
bb) Beschwichtigung durch Verweis auf Schranken des § 12 FAG	28
cc) Reduzierung des Missbrauchspotentials durch hohen Aufwand	28
5. Persönliche Überwachung durch Spitzeinsatz und andere Maßnahmen	29
6. Zusammenfassung	29
II. Missbrauch verdeckter Ermittlungsmaßnahmen durch Diktaturen ab 1933	30
1. Nationalsozialistische Herrschaft	30
a) Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933	30
b) Gescheiterte Gesetzentwürfe	31
c) Tatsächliche Verbreitung verdeckter Ermittlungsmaßnahmen	31
2. Verdeckte strafprozessuale Ermittlungsmaßnahmen in der DDR	33
a) Formale Regelung verdeckter Ermittlungen in der StPO der DDR .	33
b) Geheime Verfahrensleitung durch das MfS	33
3. Zusammenfassung	34
§ 5 Nachkriegszeit in der Bundesrepublik Deutschland	37
I. Diskussion um das allgemeine Persönlichkeitsrecht und technische Überwachungsmaßnahmen bis 1968	37
II. Änderungen durch das G-10-Gesetz 1968	38
III. Weitere Änderungen bis 1992	39
1. Allgemeines Persönlichkeitsrecht im Strafprozess nach der Tonbandentscheidung des BVerfG	39
2. Anwachsen des Kataloges des § 100a StPO	40
3. Entscheidungen des BVerfG zum Recht auf informationelle Selbstbestimmung	40
IV. Wesentliche Änderungen von 1992 bis 2007	41
1. Bedeutungswandel und schnelles Ende des § 12 Fernmeldeanlagenengesetz (FAG)	41

- 2. Änderungen durch das OrgKG von 1992 41
 - a) Neue Regelung verschiedener verdeckter Ermittlungsmethoden . . 41
 - b) „Großer Lauschangriff“: Ergänzung des Art. 13 GG um Abs. 3 . . 42
- V. Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung 2007 . . 42
- VI. Zwischenergebnis 43

Teil III Verfassungsrechtliche Vorgaben

- § 6 Verhältnis zwischen Verfassungsrecht und Strafprozessrecht 47**
 - I. Ausdrückliche Regelungen und Lücken im Grundgesetz 47
 - II. Offene Fragen 48
 - III. Streit um die Einflussnahme des Verfassungsrechts auf die Eigenständigkeit der StPO 48
 - 1. Rechtsprechung: „Konkretisierung der Grundrechte“ und „angewandtes Verfassungsrecht“ 48
 - 2. Eigenständigkeit der StPO betonende Kritik aus der Literatur 50
 - 3. Eigene Ansicht 51
 - a) Kompetenzproblem als staatsrechtliche Frage der Gewaltenteilung . . 52
 - b) Unterscheidung zwischen Rechtskritik und Verfassungs- bzw. Machtkritik 52
 - IV. Konsequenzen für die Regelung verdeckter strafprozessualer Ermittlungsmaßnahmen 53
 - 1. Versäumnisse der Strafprozessrechtswissenschaft 54
 - 2. Verfassungsgerichtsfester Gesetzgebungsspielraum 54
 - 3. Verfassungskonforme Auslegung 55
 - a) Ansicht des BVerfG 56
 - b) Erläuterung in der Literatur: Verfassungskonforme Auslegung als Auswahlentscheidung 57
 - c) Streit über die verfassungskonforme Auslegung in der Literatur . . 58
 - aa) Kritik Bettermanns 58
 - bb) Gegenstimmen 58
 - d) Eigene differenzierte Diskussion unter Beachtung der Auslegungskompetenz 58
 - aa) Verfassungskonforme Auslegung durch das BVerfG als Minus zur Teilkassation 59
 - bb) Verfassungskonforme Auslegung durch einfache Rechtsanwender 61
 - aaa) Subjektive Theorie 61
 - bbb) Objektive Theorie 62
 - ccc) Eigene Ansicht 62
 - e) Zusammenfassung 63
 - 4. Verfassungskonforme Reduktion 64
 - 5. Verfassungskonforme Ersetzung 65
 - 6. Verfassungskonforme Ergänzung und Wortlautgrenze 65

7. „Verfassungsnächste“ Auslegung durch „Ausstrahlungswirkung“ . . .	66
8. Zwischenergebnis	67
§ 7 Klärung des Eingriffsbegriffs	69
I. Funktionale Einordnung des Eingriffsbegriffs in die Grundrechtsdogmatik	69
II. Klassischer Eingriffsbegriff	72
1. Bedeutung des klassischen Eingriffsbegriffs	
für die Eingriffsbegründung	72
a) Finalität	73
b) Rechtswirkung	74
c) Unmittelbarkeit	74
d) Zwangsfunktion	74
e) Ausweitung der Definitionsmenge von Zwang	75
f) Unzutreffende Prämisse und ungünstige Folgen der Fehlbenennung	75
2. Zwischenergebnis	76
III. Moderner Eingriffsbegriff	77
1. Ersetzung des Unmittelbarkeitserfordernisses	78
a) Theorie kausaler Verursachung	78
b) Objektive Zurechnung	79
aa) H. L.	79
bb) Verfassungsrechtliche Risikoerhöhungslehre	80
cc) Eigene Ansicht	80
2. Finalität	81
a) Ansicht in der Literatur	81
b) Eigene Ansicht	81
3. Individuell konkrete Betroffenheit	83
a) Diskussion in der Literatur	83
b) Kritik und eigene Ansicht	83
4. Zwangsähnlichkeit	84
a) Ansicht in der Literatur	84
b) Eigene Ansicht	84
5. Diskussion in der Literatur um die Intensität	
der Grundrechtsbeeinträchtigung	85
a) Bestimmung einer Erheblichkeitsschwelle	
durch eine Gesamtbewertung	85
b) Verzicht auf eine Erheblichkeitsschwelle	85
c) Eigene Ansicht	86
aa) Objektives Kriterium der Beeinträchtigung	
der Entscheidungsfreiheit	86
bb) Freiheitsbegriff des Grundgesetzes	87
aaa) Allgemeiner Freiheitsbegriff	87
bbb) Den unterschiedlichen Freiheiten entsprechende	
Unterscheidung verschiedener Eingriffsbegriffe	87

- 6. Grundrechtsgefährdungen 88
 - a) Ansicht der Literatur und der Rechtsprechung 88
 - b) Eigene Ansicht 89
- IV. Zwischenergebnis 89
- § 8 Freiheitsgrundrechte und Menschenwürdeschutz 91**
 - I. Die h. M. zur allgemeinen Handlungsfreiheit und zum allgemeinen Persönlichkeitsrecht gemäß Art. 2 Abs. 1 GG 92
 - 1. Die Unterscheidung zwischen allgemeinem Persönlichkeitsrecht und allgemeiner Handlungsfreiheit: „Zwei Stränge“ des Art. 2 Abs. 1 GG 92
 - a) Allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG) 92
 - b) Allgemeines Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 GG i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG) 93
 - aa) Schutz der Integrität durch Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG . . . 93
 - bb) Ausweitung der ursprünglich engen Definition des BVerfG . . . 94
 - 2. Schutzbereich des allgemeinen Persönlichkeitsrechts als Bündelung verschiedener Konkretisierungen 95
 - 3. Rechte auf Selbstdarstellung und Außenwahrnehmung 96
 - a) Rechte am eigenen Bild und Wort 97
 - b) Recht auf informationelle Selbstbestimmung 98
 - c) Das neue Computergrundrecht 99
 - 4. Recht auf Selbstbewahrung 101
 - a) Abgrenzung durch die sog. „Sphärentheorie“ 101
 - b) Recht auf Privatsphäre 102
 - II. Grundsätzliche Einwände gegen die Konstruktion eines allgemeinen Persönlichkeitsrechts 103
 - 1. Zweiteilung des Grundrechts aus Art. 2 Abs. 1 GG durch Einbeziehung des Art. 1 Abs. 1 GG? 104
 - 2. Recht auf Freiheit von Beeinflussung der Willensbildung aus Art. 2 Abs. 1 GG? 107
 - a) Weiter Freiheitsbegriff in der Literatur 108
 - b) Ausführungsfreiheit 108
 - c) Vermittelnde eigene Ansicht 109
 - 3. Konsequenzen aus der Notwendigkeit einer Beeinträchtigung der Handlungsfreiheit 111
 - III. Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung aus Art. 2 Abs. 1 GG . . . 112
 - 1. Ansatzpunkt des BVerfG: Psychische Effekte 113
 - 2. Bedeutung der Einschüchterungswirkung in der Rspr. des BVerfG und eigene Kritik 114
 - a) Einschüchterungswirkung offener Maßnahmen im Versammlungsrecht 115
 - b) Einschüchterungswirkung bei unbestimmten Unterlassungsurteilen 115
 - c) Einschüchterungswirkung bei Verstößen gegen das Recht am eigenen Wort und Bild 116

d) Einschüchterung und Privatsphäre	116
e) Einschüchterung und Recht auf informationelle Selbstbestimmung	117
f) Einschüchterung bei heimlicher Beobachtung	119
g) Heimliche Online-Durchsuchung	119
h) Heimliche Datenspeicherung	120
i) Zusammenfassung	120
3. Ansichten in der Literatur zum Grundansatz der Einschüchterungswirkung	121
a) Fundamentale Kritik an einem Eingriff durch Einschüchterung . .	121
b) Ansätze zu einem universellen Grundrecht auf „Freiheit von Furcht“	121
4. Eigene Argumente für ein Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung als Konkretisierung der allgemeinen Handlungsfreiheit aus Art. 2 Abs. 1 GG	123
a) Psychische Betroffenheit als tatsächliche Handlungssteuerung . . .	124
b) Irrationale Ängste vor einem „Tabu“ oder rationale Lehren aus der Geschichte?	128
c) Unzulässige Vorverlagerung durch bloße Gefährdung statt Eingriffs?	131
d) Abstrahierung, Kollektivierung und Individualisierung der Einschüchterungseffekte	132
aa) Problem der individuellen Wirkung einer konkreten heimlichen Beobachtung	134
bb) Drittbetroffene	135
e) Eingriffe durch Überwachungsattrappen als sinnwidrige Konsequenz	136
f) Schutzlücke ohne Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung . .	137
g) Konsequenzen des modernen Eingriffsbegriffs oder ergebnisorientierte Einführung eines Totalvorbehalts des Gesetzes?	137
5. Konkretisierungen des Grundrechts aus Art. 2 Abs. 1 GG als formalisierte Begründungen für einen Eingriff in die allgemeine Handlungsfreiheit	138
6. Zwischenergebnis	140
IV. Recht auf einen unantastbaren Kernbereich privater Lebensgestaltung gemäß Art. 1 Abs. 1 GG	140
1. Herleitung des Kernbereichsschutzes aus der Verfassung	141
a) Kernbereichsschutz nach der h. M. aus Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG	142
b) Eigene Ansicht	142
2. Inhaltliche Definition der Menschenwürde	143
a) Ansicht des BVerfG zum Kernbereichsschutz bei überwachenden strafprozessualen Ermittlungsmaßnahmen	144
aa) Äußerungsumstände und Äußerungsinhalte als Definitionskriterien	145

- bb) Persönlichkeitsprofile erfassen den Kernbereich 147
 - cc) Keine Kernbereichsbetroffenheit bei Bezug auf konkrete Straftaten 147
 - b) Ansichten in der Literatur 148
 - c) Eigene Ansicht 149
 - d) Konsequenzen 151
 - aa) Vertrauensbeziehungen 151
 - bb) Denunzianten und Spitzel im engsten Familienkreis 152
 - cc) Verneinung der Vernunftfähigkeit 153
 - dd) Heimliche Beobachtungen und Aufnahmen einer schutzlosen Person 154
 - ee) Die Anfertigung von Bewegungs- und Persönlichkeitsprofilen 155
 - 3. Öffnung des Anspruchs auf Achtung der Menschenwürde für Eingriff und Abwägung? 156
 - a) Ansicht der h. M. 156
 - b) Relativierung durch Öffnung für Eingriff und Abwägung? 156
 - c) Eigene Ansicht 157
 - d) Konsequenzen 160
 - 4. Zwischenergebnis zur Kernbereichslehre 161
- V. Das Nemo-tenetur-Prinzip aus Art. 1 Abs. 1 GG 162
 - 1. Das Nemo-tenetur-Prinzip in der Rechtsprechung des BVerfG 162
 - 2. Das Nemo-tenetur-Prinzip in der Rechtsprechung der BGH und der Literatur 163
 - 3. Eigene Ansicht zum Nemo-tenetur-Prinzip 164
- VI. Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis gemäß Art. 10 GG 166
 - 1. Umfang des Schutzbereichs 167
 - a) Briefgeheimnis 167
 - b) Postgeheimnis 167
 - c) Fernmeldegeheimnis (Telekommunikationsgeheimnis) 168
 - aa) Grundsätzliche Beschränkung auf laufende Kommunikation 168
 - bb) Verkehrsdaten 169
 - cc) Vertrauen in die Person des Gesprächspartners 170
 - 2. Abgrenzung des Telekommunikationsgeheimnisses gemäß Art. 10 GG zum „Computergrundrecht“ aus Art. 2 Abs. 1 GG 171
 - a) Ansicht des BVerfG zur „Online-Durchsuchung“ und Art. 10 GG 173
 - b) Eigene Ansicht 174
 - c) Ansicht des BVerfG zur „Quellen-TKÜ“ und Art. 10 GG 174
 - d) Eigene Ansicht 176
 - e) Ansicht des BVerfG und der h. M. zur E-Mail-Beschlagnahme 178
 - f) Eigene Ansicht 179
 - 3. Eingriff durch verdeckte strafprozessuale Ermittlungsmaßnahmen 180
 - a) Eingriffsmöglichkeit in Art. 10 Abs. 2 GG vorausgesetzt 180
 - b) Eingriff durch private Diensteanbieter 181
 - c) Verstärkungswirkung des Eingriffs durch Heimlichkeit 181

4. Rechtfertigung	182
5. Zwischenergebnis	182
VII. Unverletzlichkeit der Wohnung gemäß Art. 13 GG	183
1. Schutzbereich	183
a) Schutz der Wohnung als Privatsphäre	183
b) Definition des Wohnungsbegriffs	184
aa) Weite Ansicht der h. M.	184
bb) Wortlautgetreue, enge Gegenansicht	185
cc) Vermittelnde Ansichten	185
dd) Eigene Ansicht	186
2. Abgrenzung zu anderen Fallgestaltungen und Grundrechten	188
a) Abgrenzung zu Art. 10 GG	188
b) Abgrenzung zum Computergrundrecht Art. 2 Abs. 1 GG	188
c) Ansicht des BVerfG	189
d) Debatte in der Literatur	190
e) Eigene Ansicht	190
3. Eingriff durch verdeckte strafprozessuale Ermittlungsmaßnahmen	192
a) Überwachung der Wohnung durch körperliches Eindringen in die Wohnung	192
b) Überwachung des Inneren der Wohnung von außen	192
4. Rechtfertigung, Schranken des Eingriffs durch verdeckte Maßnahmen nach Art. 13 Abs. 3 und 5 GG	193
a) Erfordernis einer schweren Straftat	195
b) Subsidiarität der Maßnahme	195
5. Zwischenergebnis	196
VIII. Grundrecht auf rechtliches Gehör gemäß Art. 19 Abs. 4 GG	196
1. Verdeckte Maßnahmen und Art. 19 Abs. 4 GG	196
2. Verhältnis des Art. 19 Abs. 4 GG zum Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung	197
IX. Freiheitsgrundrechte aus Art. 4 ff. GG	198
X. Weitere Grundrechte?	199
1. Allgemeines Grundrecht auf ein faires Verfahren?	199
a) BVerfG: Grundrecht aus Art. 2 Abs. 1 GG i. V. m. Art. 20 Abs. 3 GG	199
b) Ansicht der h. L.	200
c) Eigene Ansicht	201
2. Keine Anwendung des Art. 6 EMRK auf die verdeckten Ermittlungsmaßnahmen	201
3. In Betracht kommende Konkretisierungen des Rechts auf ein faires Verfahren	202
a) Beweisverwertungsverbote	203
b) Waffengleichheit	203
aa) Relativierung im Ermittlungsverfahren	203
bb) Eigene Ansicht gegen die Geltung des Prinzips bei verdeckten Maßnahmen	203

- cc) Unpassende sprachliche Bilder 204
- c) Eigenständiger Verfahrensgrundsatz für verdeckte Ermittlungsmaßnahmen 204
- d) Fehlende Abstimmung der Prozessprinzipien auf die verdeckten Ermittlungsmaßnahmen 205
- 4. Zwischenergebnis 206
- § 9 Vorbehalt des Gesetzes 207**
 - I. Bestimmtheitsgrundsatz 209
 - 1. Dogmatische Herleitung des Grundsatzes 209
 - 2. Ansicht des BVerfG zu den inhaltlichen Anforderungen an die Normenbestimmtheit 210
 - a) Kriterien der Bestimmtheit nach der „Wesentlichkeitstheorie“ des BVerfG 210
 - aa) Parallele zu Art. 80 Abs. 1 S. 2 GG 210
 - bb) Einzelfallgerechtigkeit und Flexibilität der Rechtsprechung . . 212
 - b) BVerfG: Strenge Anforderungen an die Bestimmtheit wegen Bezug zu den Grundrechten und zur Rechtssicherheit der Bürger . 212
 - 3. Abschwächung durch Vergleich zu Art. 103 Abs. 2 GG 213
 - 4. Proportionalität der Bestimmtheitsanforderungen zur Eingriffsintensität 213
 - 5. Abschwächung der strengen Anforderungen durch Verweis auf Auslegungskriterien 214
 - 6. Anpassung an Sachzwänge 214
 - 7. Ansichten in der Literatur 215
 - a) Zustimmung zur Rechtsprechung 215
 - b) Kritik in der Literatur an der „Unbestimmtheit des Bestimmtheitsgebots“ 215
 - 8. Eigene Ansicht 216
 - a) Zu (1.) Unterschied zwischen Art. 103 Abs. 2 GG und dem prozessualen Bestimmtheitsgebot 216
 - b) Zu (2.) graduelles Absinken der Bestimmtheitsanforderungen proportional zur Eingriffsintensität 217
 - c) Zu (3.) Abschwächung der Anforderungen durch „herkömmliche juristische Methoden“ 218
 - d) Zu (4.) Anpassung an komplexe Regelungsmaterie 220
 - 9. Zwischenergebnis 222
 - II. Verhältnismäßigkeit 222
 - 1. Verfassungsrechtliche Herleitung 223
 - 2. Bedeutung für den Vorbehalt des Gesetzes 223
 - 3. Geeignetheit zur Erreichung eines legitimen Zwecks 224
 - 4. Erforderlichkeit 225
 - a) Abstrakte Rangfolge der Grundrechte? 225
 - b) Fehlende „Wägbarkeit“ 227

c) Objektive Kriterien	227
aa) Dauer der Maßnahme	228
bb) Speichern der Informationen, mittelbar oder unmittelbar	228
cc) Ergiebigkeit der Überwachungsmittel	228
dd) Schwierigkeit, natürliche Hindernisse zu überwinden	229
ee) Inhaltliche Betroffenheit der Privatsphäre	230
ff) Zusammenfassung der Kriterien	231
gg) Vergleich zwischen beobachtenden und körperlich wirkenden Eingriffen	231
hh) Zusammenfassung	232
5. Angemessenheit	233
a) Ansicht des BVerfG	233
b) Kritik in der Literatur	234
c) Eigene Ansicht	234
aa) Argumente gegen den Angemessenheitsgrundsatz	234
bb) Abwägung der Grundrechte des Betroffenen gegen eine Schutzpflicht aus den Grundrechten	235
cc) Differenzierte Betrachtung des Angemessenheitsgrundsatzes	236
6. Zwischenergebnis	238
§ 10 Bedingter Anspruch auf Offenheit strafprozessualer Überwachung	239
I. Ansatz des BVerfG: Verstärkungswirkung der Heimlichkeit	239
II. Ansätze in der Literatur	240
III. Eigene Schlussfolgerung aus dem Recht auf Freiheit von Einschüchterung	241
Teil IV Die allgemeinen Voraussetzungen der strafprozessualen verdeckten Ermittlungsmaßnahmen	
§ 11 Übersichten	245
I. Die grundlegenden Strukturelemente der einzelnen Eingriffstatbestände	245
II. Tabellarische Übersicht zu den einzelnen Maßnahmen	246
§ 12 „Bestimmte Tatsachen“, die den Verdacht einer Straftat „begründen“	251
I. Ansichten in der Literatur	252
1. Ergänzung der Entwurfsbegründung durch die Kommentarliteratur	252
2. Kritik in der Literatur	252
3. Eigene Kritik	253
II. Eigene Kritik an der Literatur	253
III. Entwicklung einer eigenen Ansicht	254
1. Wortlautauslegung	254
2. Hinweise aus der Gesetzesbegründung	255

- 3. Systematische Vergleiche innerhalb der StPO 256
 - a) Vergleich mit § 112 Abs. 1 und Abs. 2 S. 1 StPO 256
 - b) Vergleich zu den in der StPO geregelten „Verdachtsarten“ 257
 - aa) Vergleich: „dringender Tatverdacht“ und „bestimmte
Tatsachen, die den Verdacht ergeben“ 258
 - bb) Vergleich zur Regelung des Anfangsverdachts nach §§ 152
Abs. 2, 160 Abs. 1 StPO 258
 - cc) Vergleich mit § 98a StPO: Personalisierung des Tatverdachts
durch das Bezugswort „jemand“ 259
 - c) „Begründung“ des Tatverdachts durch Tatsachen
mit einem bestimmten „Informationswert“ 260
- 4. Verfassungskonforme Auslegung 261
 - a) Verfassungsrechtliche Vorgaben aus der Rechtsprechung
des BVerfG 262
 - b) Zusammenfassung 263
 - c) Verfassungsmäßigkeit der verbleibenden Auslegungsmöglichkeit . . 263
- 5. Formales Begründungserfordernis 264
- 6. Konsequenz für Initiativermittlungen 265
 - a) Fehlender Verdacht 265
 - b) Inhaltliche Unbestimmtheit 265
- 7. Konsequenz für den Beurteilungsspielraum des Anordnenden 266

§ 13 Anlasstaten 267

- I. Anlasstatenkataloge 267
- II. Schwerwiegende Tat auch im Einzelfall 268
 - 1. Wortlautauslegung 268
 - 2. Subjektiv-historische Auslegung 269
 - a) Rechtsprechung – BVerfGE 107, 299, 322 270
 - aa) Verweisung des BVerfG auf VerfGBB StV 2002, S. 57, 58:
Strenge Einzelfallprüfung mit Begründungspflicht 270
 - bb) Verweis des BVerfG auf Ansicht in der Literatur:
Vergleich mit § 98a StPO 272
 - b) Weitere Ansichten in der Literatur 272
 - c) Eigener Ansatz 272
 - aa) Schwere Straftaten, die nicht schwerwiegend sind 272
 - bb) Minder schwerer Fall nicht notwendig „nicht schwerwiegend“ 273
 - 3. Systematische Auslegung 274
 - a) Art. 13 Abs. 3 GG 274
 - b) Bezug zu den Anlasstatenkatalogen: In der Regel
eine „schwere“ Tat 274
 - 4. Keine verfassungskonforme Auslegung 275
- III. Zwischenergebnis 276
- IV. Straftat von erheblicher Bedeutung 276
 - 1. Wortlautauslegung 276

2. Subjektiv-historische Auslegung	276
a) Gesetzentwurfsbegründungen	276
b) Definitionsversuche durch BVerfG und h. M.	277
c) Eigene Ansicht	278
V. Zwischenergebnis	279
§ 14 Subsidiaritätsklauseln	281
I. Subsidiaritätsklauseln der StPO im tabellarischen Vergleich	282
II. Wortlautauslegung sich widersprechender Subsidiaritätsklauseln	282
1. Aufhebungslösung	284
2. Erhaltungsorientierte Auslegung der Subsidiaritätsklauseln	284
III. Systematische und subjektiv-historische Auslegung	285
1. Parallele Regelungen der Erforderlichkeit im StGB	285
2. Verfassungskonforme und historische Auslegung	286
a) Differenzierung nach Belastungsintensität	287
b) Belastungsunterschiede zwischen der Art der verdeckten und offenen Maßnahmen	287
c) Belastungsunterschiede in konkreten Fällen	288
3. Bestimmtheitsanforderungen und derzeitige Regelungslage	289
IV. Zwischenergebnis	290
1. Das Fehlen geschriebener Subsidiaritätsklauseln führt zu Verfassungswidrigkeit	290
2. Auslegung geschriebener Subsidiaritätsklauseln	290
3. Vorschlag für eine allgemeine Subsidiaritätsklausel de lege ferenda	290
§ 15 Kernbereichsschutz	293
I. Schutzauftrag des Staates gegen sich selbst aus Art. 1 Abs. 1 GG	294
a) Irrelevanz von Zufall und planbarem Restrisiko	294
b) Risikoverringerung durch „Kernbereichsschutz“	295
1. Kein absolutes Verbot finaler Beobachtung des Kernbereichs	295
2. Allgemeine Anforderungen an den Schutz des Kernbereichs	296
II. Formale und inhaltliche Kriterien des Kernbereichsschutzes	297
III. Zeitlich zweistufiges Schutzkonzept des BVerfG	297
IV. Fragmentarische Regelung des Kernbereichsschutzes in der StPO	298
1. Erste Schutzstufe	298
a) Maßnahmegebundene Schutzklauseln	298
b) § 160a StPO	298
aa) § 160a Abs. 1 StPO	298
bb) § 160a Abs. 2 StPO	299
c) Anordnung- und Genehmigungsfristen	300
2. Zweite Schutzstufe	300
a) Maßnahmegebundene Löschungspflichten	300
b) Allgemeine und spezielle Löschungspflichten	302
c) Kernbereichsschutz durch Beweisverwertungsverbot	302

- 3. Verfassungsrechtliche Notwendigkeit eines allgemeinen gesetzlichen Kernbereichsschutzkonzepts in der StPO 303
 - a) Ansicht des BVerfG 303
 - b) Eigene Ansicht 303
- 4. Notwendigkeit einer dritten Stufe: Missbrauchsschutz? 304
- V. Zwischenergebnis 305
- § 16 Anordnungs-kompetenzen 307**
 - I. Aufgabe des Gerichts bei der Anordnung 308
 - II. Zweckmäßigkeitprüfung durch das Gericht 309
 - III. Eigene Ansicht 310
- § 17 Rechtsschutz 311**
 - I. Rechtsweg und Einordnung der Maßnahmen 311
 - II. Verschiedene Rechtsschutzmöglichkeiten? 312
 - 1. § 101 Abs. 7 S. 2 StPO 312
 - 2. Anwendung des § 98 Abs. 2 StPO analog 314
 - a) H. M. nach der Einführung des § 101 Abs. 7 StPO 314
 - b) Eigene Ansicht 315
 - 3. § 304 StPO 316
 - III. Unterschiede zwischen richterlichen und behördlichen Anordnungen . 316
 - IV. Zwischenergebnis 316
- § 18 Berichts- und Löschungspflichten 319**
 - I. Statistische Berichtspflicht 319
 - II. Individuelle Benachrichtigungspflichten 319
 - 1. Vorgabe aus dem Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung 319
 - 2. Ansprüche aus § 29 VwVfG und § 147 StPO 320
 - III. Löschungspflichten 321
 - 1. Spezielle Löschungspflichten 321
 - 2. Allgemeine Löschungspflichten 322
- § 19 Sog. Annexbefugnisse 323**
 - I. Entscheidungen der Rechtsprechung 323
 - II. Kritik in der Literatur 324
 - III. Eigene Ansicht 324
 - IV. Zwischenergebnis 325
- § 20 Allgemeine ungeschriebene Verhältnismäßigkeitsklausel 327**
 - I. Einfaches Gewohnheitsrecht 328
 - II. Ansicht der h. M.: Unmittelbare Geltung der Verhältnismäßigkeitsklausel wegen verfassungsrechtlicher Verankerung 328
 - III. Eigene Ansicht 330
 - 1. Indirekter Nachweis einer Verhältnismäßigkeitsklausel durch § 160a Abs. 2 StPO? 331
 - 2. Parlamentsvorbehalt und § 160a Abs. 2 StPO 332

3. Analogie zum Polizeirecht?	332
4. Gegenschluss zu den vorhandenen Regelungen	333
5. Zwischenergebnis	335

Teil V Besondere Voraussetzungen

§ 21 Postbeschlagnahme gemäß §§ 97, 99, 100 StPO	339
I. Anwendungsbereich	340
1. Heimliche Überwachung des Post- und Briefverkehrs	340
2. E-Mail-Beschlagnahme auf dem Server des Providers gespeicherter Nachrichten?	340
II. Missachtung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG	341
1. Möglichkeit eines Einblicks in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung	341
2. Kernbereichsschutzkonzept?	341
a) Regelung des § 97 StPO	342
b) Regelung des § 160a StPO	342
3. Zwischenergebnis	343
III. Eingriff in das Brief- und Postgeheimnis aus Art. 10 Abs. 1 GG	343
IV. Rechtfertigung der Eingriffe in das Post- und Briefgeheimnis aus Art. 10 Abs. 1 GG gemäß Art. 10 Abs. 2 S. 1 GG	344
1. Bestimmtheit der Regelung	344
2. Verhältnismäßigkeit der Regelung	344
a) Geeignetheit	344
b) Erforderlichkeit	345
c) Angemessenheit	345
d) Kompensation durch formale Schutzvorkehrungen?	345
e) Kompensation durch den allgemeinen Verhältnismäßigkeitsgrundsatz?	346
V. Zwischenergebnis	346
§ 22 Datenabgleich, „Rasterfahndung“ gemäß § 98a StPO	347
I. Verletzung des Kernbereichs der privaten Lebensgestaltung, Art. 1 Abs. 1 GG	347
II. Grundrechtseingriff in das Recht auf Freiheit von Einschüchterung, Art. 2 Abs. 1 GG?	348
1. „Treffer“	348
2. „Fehler“	349
3. Zusammenfassung	349
III. Rechtfertigung	350
1. Bestimmtheit	350
2. Verhältnismäßigkeit	351
a) Geeignetheit	351
b) Erforderlichkeit	351

- c) Angemessenheit 351
 - IV. Zwischenergebnis 352
- § 23 Telekommunikationsüberwachung gemäß §§ 100a, 100b StPO 353**
 - I. Missachtung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG 354
 - 1. Möglichkeit eines Einblicks in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung 354
 - 2. Kernbereichsschutzklausel nach § 100a Abs. 4 StPO 354
 - II. Eingriff der TKÜ über den Diensteanbieter in den Schutzbereich des Post- und Fernmeldegeheimnisses nach Art. 10 Abs. 1 GG 356
 - 1. Bestimmtheit 356
 - a) Anlasstaten katalog 356
 - b) Tatschwere im Einzelfall 357
 - 2. Erforderlichkeit 357
 - 3. Angemessenheit 358
 - III. Zwischenergebnis 358
 - IV. Sonderfall der „Quellen-TKÜ“ 358
 - 1. Technische Ausgangsproblematik 358
 - a) Verschlüsselungstechnologien und VoIP-Telefonie 359
 - b) Nutzung der Peripheriegeräte mittels Staatstrojaner 360
 - c) Überwachung durch Messung der Abstrahlung 361
 - 2. Wortlautauslegung des § 100a StPO 361
 - 3. Verfassungsrechtliche Ausgangslage durch die Entscheidung des BVerfG zur Online-Durchsuchung 362
 - 4. Ansichten in instanzgerichtlicher Rechtsprechung und in der Literatur zur „Quellen-TKÜ“ 363
 - a) H. M. für eine Quellen-TKÜ als Unterfall der Telekommunikationsüberwachung nach § 100a StPO 363
 - b) Abweichende Ansicht für Unzulässigkeit der Quellen-TKÜ 364
 - 5. Kritik an der h. M. und Entwicklung einer eigenen Ansicht 365
 - a) Uferlose Ausweitung? 365
 - b) Verfassungswidrige Überwachung von „Anscheinstelefonaten“ legitimiert? 366
 - c) Keine Begrenzung auf die Kommunikationseingabe 367
 - d) Installation von Trojanern und technischen Geräten für die „Quellen-TKÜ“ gestattet? 367
 - aa) Installation der Überwachungstechnik untypisch für die Telekommunikationsüberwachung 368
 - bb) Verfassungskonforme Auslegung hinsichtlich der Installationsbefugnis 368
 - cc) Kombination von § 100a mit § 100h zur Quellen TKÜ 370
 - e) Systematische Auslegung 370
 - f) Subjektiv-historische Auslegung 370
 - g) Verfassungskonforme Auslegung 371
 - 6. Zwischenergebnis 372

V. Sonderfall der E-Mail-„Beschlagnahme“	372
a) Ansichten für eine Subsumtion unter § 100a StPO	372
b) Ansichten gegen eine Subsumtion unter § 100a StPO	373
c) Eigene Ansicht	373
1. Zwischenergebnis	374
§ 24 Akustische Wohnraumüberwachung, so genannter „großer Lauschangriff“ gemäß §§ 100c, 100d StPO	375
I. Missachtung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG	375
1. Möglichkeit eines Einblicks in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung	376
2. Kernbereichsschutzkonzept?	376
II. Eingriff in das Recht aus Art. 13 Abs. 1 GG	377
III. Rechtfertigung des Eingriffs	377
1. Abgrenzung des Regelungsbereichs: Besondere Auslegungsprobleme	377
a) Abhören von außen	377
b) Computer in der Wohnung und Raumgeräusche bei der TKÜ	378
c) Annexkompetenz bei „Installationseingriffen“	378
2. Bestimmtheit	378
3. Verhältnismäßigkeit	379
IV. Zwischenergebnis	379
§ 25 Akustische Überwachung außerhalb von Wohnungen gemäß § 100f StPO	381
I. Missachtung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG	381
1. Möglichkeit eines Einblicks in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung	381
2. Kernbereichsschutzkonzept?	382
II. Eingriff in das Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung aus Art. 2 Abs. 1 GG	383
1. Eingriff durch Belauschen von Gesprächen	383
2. Eingriff in das Computergrundrecht durch § 100f StPO	383
III. Rechtfertigung des Eingriffs	383
1. Bestimmtheit	383
2. Verhältnismäßigkeit	384
IV. Zwischenergebnis	384
§ 26 Verkehrsdatenerhebung gemäß § 100g StPO	385
I. Missachtung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG	386
1. Möglichkeit eines Einblicks in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung?	386
2. Kernbereichsschutzkonzept?	386
II. Eingriff in das Fernmeldegeheimnis	386
1. Verkehrsdaten gehören zur Telekommunikation	386
2. Teilnichtigkeitserklärung durch das BVerfG	387

- III. Verfassungswidrigkeit aus im Urteil des BVerfG nicht genannten Gründen 387
 - 1. Unbestimmtheit der Anlasstaten 387
 - 2. Verfassungswidrigkeit wegen Komplexität der Verweisungskette bezüglich der Vorratsdatenspeicherung 388
 - 3. Zusammenfassung 390
- IV. Pflicht zur Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung 390
 - 1. Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung 390
 - a) Urteil des BVerfG zur Vorratsdatenspeicherung und § 100g StPO . 391
 - b) Verlorene Klage Irlands gegen die Vorratsdatenspeicherungsrichtlinie 392
 - 2. Lösungsvorschlag für die Vorratsdatenspeicherung und die Datenabfrage 393
- V. Zwischenergebnis 394
- § 27 Einsatz technischer Observationsmittel gemäß § 100h StPO 395**
 - I. Bildaufnahmen nach § 100h Abs. 1 Nr. 1 StPO 395
 - 1. Missachtung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG 395
 - a) Möglichkeit der Beobachtung kernbereichsrelevanten Verhaltens . 395
 - b) Kernbereichsschutzkonzept? 396
 - aa) Schutz durch Vermeidung 396
 - bb) Löschungspflicht und Verwertungsverbot 397
 - 2. Eingriff in das Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung aus Art. 2 Abs. 1 GG 398
 - 3. Rechtfertigung des Eingriffs 398
 - a) Bestimmtheit 398
 - b) Verhältnismäßigkeit 399
 - aa) Geeignetheit 399
 - bb) Erforderlichkeit 399
 - cc) Angemessenheit 399
 - II. Einsatz sonstiger technischer Mittel nach § 100h Abs. 1 Nr. 2 StPO . . . 400
 - 1. Trojaner-Installation im Anwendungsbereich? 400
 - a) Ablehnende Ansicht der h. M. 400
 - b) Eigene Ansicht 401
 - 2. Missachtung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG 401
 - a) Möglichkeit eines Einblicks in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung 401
 - b) Kernbereichsschutzkonzept? 402
 - 3. Eingriff in das Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung aus Art. 2 Abs. 1 GG 402
 - 4. Rechtfertigung des Eingriffs 403
 - a) Bestimmtheit 404
 - aa) Bestimmtheit der Anlasstat 404
 - bb) Bestimmtheit des Überwachungsmittels 404
 - aaa) Ansicht des BVerfG 404

bb) Eigene Ansicht	405
b) Verhältnismäßigkeit der Regelung des § 100h Abs. 1 Nr. 2 StPO	406
aa) Für Observationszwecke bestimmte technische Mittel	406
bb) Installation von Geräten zur Quellen-TKÜ und „Online-Durchsuchung“ mit „Staatstrojanern“ im Rahmen des § 100h StPO	407
cc) Geeignetheit	407
dd) Erforderlichkeit	407
ee) Angemessenheit	407
III. Zwischenergebnis	408
§ 28 IMSI-Catcher gemäß § 100i StPO	409
I. Missachtung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG	410
1. Möglichkeit eines Einblicks in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung	410
2. Kernbereichsschutz	410
II. Eingriff in das Fernmeldegeheimnis aus Art. 10 Abs. 1 GG	410
III. Rechtfertigung des Eingriffs	410
1. Bestimmtheit	410
2. Verhältnismäßigkeit	411
a) Geeignetheit	411
b) Erforderlichkeit	411
c) Angemessenheit	411
aa) Ansicht des BVerfG	411
bb) Eigene Ansicht	412
IV. Zwischenergebnis	412
§ 29 Sog. Kleine-Online-Durchsuchung gemäß § 110 Abs. 3 StPO	413
I. Grundsätzlich offene Ermittlungsmaßnahme	413
II. Verdeckte Durchsuchung verbundener Speichermedien	413
1. Gesetzesbegründung	414
2. Rechtsprechung zur E-Mail-Beschlagnahme	415
3. Ansichten in der Literatur	416
a) Dem BVerfG zustimmende Ansichten	416
b) Kritische Ansicht: Heimliche Online-Durchsuchung „light“	416
4. Eigene Ansicht	416
a) Nochmals: E-Mail-Beschlagnahme?	416
b) Durchsuchung anderer verbundener Speichermedien	417
III. Missachtung der Menschenwürde gemäß Art. 1 Abs. 1 GG	418
1. Möglichkeit eines Einblicks in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung	418
2. Kernbereichsschutzkonzept?	418
IV. Eingriff in das Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung aus Art. 2 Abs. 1 GG	418

- V. Rechtfertigung des Eingriffs 419
 - 1. Bestimmtheit 419
 - 2. Verhältnismäßigkeit 419
 - a) Geeignetheit 419
 - b) Erforderlichkeit 419
 - c) Angemessenheit 419
- VI. Zwischenergebnis 420
- § 30 Verdeckter Ermittler gemäß §§ 110a-110c StPO 421**
 - I. Missachtung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG 421
 - 1. Möglichkeit eines Einblicks in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung 421
 - 2. Kernbereichsschutzkonzept? 422
 - 3. Zulässigkeit der Verletzung des Nemo-Tenetur-Prinzips aus Art. 1 Abs. 1 GG? 422
 - II. Eingriff in das Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung aus Art. 2 Abs. 1 GG 422
 - 1. Polizeibeamte als Verdeckte Ermittler 422
 - 2. Subsumtion von V-Personen unter § 110a StPO als Minus-Maßnahme? 423
 - 3. Virtueller „Verdeckter Ermittler“ 423
 - III. Rechtfertigung des Eingriffs 424
 - 1. Bestimmtheit 424
 - 2. Verhältnismäßigkeit 425
 - a) Geeignetheit 425
 - b) Erforderlichkeit 426
 - c) Angemessenheit 427
 - IV. Zwischenergebnis 427
- § 31 Datenspeicherung bei polizeilichen Kontrollen gemäß § 163d StPO . . 429**
 - I. Missachtung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG 430
 - 1. Möglichkeit eines Einblicks in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung 430
 - 2. Kernbereichsschutzkonzept? 430
 - II. Eingriff in das Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung aus Art. 2 Abs. 1 GG 430
 - III. Rechtfertigung des Eingriffs 430
 - 1. Bestimmtheit 431
 - 2. Verhältnismäßigkeit 431
 - a) Geeignetheit 432
 - b) Erforderlichkeit 432
 - c) Angemessenheit 432
 - IV. Zwischenergebnis 432

§ 32 Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung gemäß § 163e StPO . . .	433
I. Missachtung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG	434
1. Möglichkeit eines Einblicks in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung	434
2. Kernbereichsschutzkonzept?	434
II. Eingriff in das Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung aus Art. 2 Abs. 1 GG	434
III. Rechtfertigung	435
1. Bestimmtheit	435
2. Verhältnismäßigkeit	435
a) Geeignetheit	435
b) Erforderlichkeit	435
c) Angemessenheit	436
aa) Ansicht in der Literatur	436
bb) Eigene Ansicht	436
IV. Zwischenergebnis	436
 § 33 Längerfristige Observation gemäß § 163f StPO	 437
I. Verhältnis zwischen § 100h und § 163f Abs. 3 StPO	437
II. Missachtung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG	438
1. Möglichkeit eines Einblicks in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung	438
2. Kernbereichsschutzkonzept?	439
III. Eingriff in das Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung aus Art. 2 Abs. 1 GG	439
IV. Rechtfertigung	440
1. Bestimmtheit	440
2. Verhältnismäßigkeit	441
a) Geeignetheit	441
b) Erforderlichkeit	441
c) Angemessenheit	441
V. Zwischenergebnis	441
 § 34 Generalklausel für unspezifische verdeckte Ermittlungsmaßnahmen gemäß § 161 Abs. 1 S. 1 i. V. m. § 163 S. 2 StPO	 443
I. Generalklausel als Eingriffsbefugnis oder als Aufgabenzuweisung? . . .	443
II. Beschattung ohne technische Mittel	444
1. Missachtung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG	444
a) Möglichkeit eines Einblicks in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung	444
b) Kernbereichsschutzkonzept?	444
2. Eingriff in das Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung aus Art. 2 Abs. 1 GG	444
III. V-Person und „Hörfallen“	445
1. Missachtung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG	446

- a) Möglichkeit eines Einblicks in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung 446
 - b) Kernbereichsschutzkonzept? 447
 - 2. Verletzung des Nemo-tenetur-Prinzips aus Art. 1 Abs. 1 GG 447
 - a) Ansicht der Rechtsprechung 447
 - b) Ansichten in der Literatur 448
 - c) Eigene Ansicht 448
 - 3. Eingriff in das Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung aus Art. 2 Abs. 1 GG 449
- IV. Rechtfertigung der Eingriffe 452
 - 1. Bestimmtheit 452
 - 2. Verhältnismäßigkeit 452
 - a) Geeignetheit 453
 - b) Erforderlichkeit 453
 - aa) Ansicht der h. M. 453
 - bb) Eigene Ansicht 453
- V. Zwischenergebnis 453

§ 35 Die Zulässigkeit der Kombination unterschiedlicher Maßnahmen . . 455

- I. Maßnahmen in Wohnungen 456
- II. Maßnahmen außerhalb von Wohnungen 457
 - 1. Ansicht des BVerfG 457
 - 2. Eigene Ansicht 458
 - a) Erstellung von Persönlichkeitsprofilen durch langfristige Kombination von Maßnahmen als „Rundumüberwachung“ 458
 - b) Kurzfristige Kombination der Maßnahmen als punktuelle „Totalüberwachung“ 459
- III. Kombination der Maßnahmen als ungerechtfertigter Eingriff in das Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung aus Art. 2 Abs. 1 GG sowie in das Grundrecht aus Art. 19 Abs. 4 GG? 461
- IV. Zwischenergebnis 461

Teil VI Erforderlichkeit einer Neuordnung der verdeckten strafprozessualen Ermittlungsmaßnahmen

§ 36 Vorschläge für gesetzliche Neuregelungen 465

- I. Orientierung am Grundmodell 465
- II. Regelung der Anlasstaten 465
- III. Bestimmung der Tatschwere 466
- IV. Regelung der Erforderlichkeit 467
- V. Allgemeine Regelung des Kernbereichsschutzes 468
- VI. Allgemeine Subsidiaritätsklausel 468
- VII. Allgemeine Regelungen für verdeckte Ermittlungsmaßnahmen 469
- VIII. Neuregelung für den Einsatz Verdeckter Ermittler und V-Personen . . 469

IX. Allgemeine Regelung der Quellen-TKÜ	470
X. Regelung der „Online-Durchsuchung“	470
XI. Hinweis für die Vorratsdatenspeicherung	472

Teil VII Ergebnisse

§ 37 Zusammenfassung der Ergebnisse	475
I. Regelungsbereich und Begriff	475
II. Kurzer Überblick über die Entstehungsgeschichte	475
III. Verfassungsrechtliche Vorgaben	476
1. Verhältnis des Verfassungsrechts zum Strafprozessrecht	476
2. Klärung des Eingriffsbegriffs	476
3. Freiheitsgrundrechte und Menschenwürdeschutz	477
a) Ablehnung eines allgemeinen Persönlichkeitsrechts aus Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG	477
b) Neues Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung als Unterkategorie des Grundrechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit aus Art. 2 Abs. 1 GG	477
c) Kernbereichslehre und Menschenwürdeschutz nach Art. 1 Abs. 1 GG	478
4. Enger Schutzbereich des Art. 10 GG	479
5. Auslegung der Schranken des Art. 13 Abs. 3 GG	479
6. Grundrecht auf ein faires Verfahren	480
7. Grundrechtseingriffe und Gesetzesvorbehalt	480
a) Bestimmtheit	480
b) Verhältnismäßigkeit	481
8. Bedingter Anspruch auf Offenheit als Folge der verfassungsrechtlichen Vorgaben	481
IV. Die grundlegenden Strukturelemente der einzelnen Eingriffstatbestände	482
V. Tatverdacht	482
VI. Anlasstaten	483
VII. Subsidiarität	483
1. Das Fehlen geschriebener Subsidiaritätsklauseln führt zu Verfassungswidrigkeit	483
2. Verfassungskonforme Auslegung der geschriebenen Subsidiaritätsklauseln	484
VIII. Kernbereichsschutz	484
IX. Anordnungskompetenz	484
1. Beschränkung auf Rechtsprüfung	485
2. Inhaltliche Prüfungspflicht	485
X. Rechtsschutz	485
XI. Benachrichtigungs- und Löschungspflichten	485
XII. Annexbefugnisse	486

XIII. Ablehnung der Geltung eines ungeschriebenen Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes im Strafverfahren	486
XIV. Zulässigkeit der Verbindung unterschiedlicher Maßnahmen	486
XV. Vorschläge für gesetzliche Neuregelungen	487
§ 38 Tabellarische Übersicht der Auswirkungen auf die einzelnen Regelungen	489
Literaturverzeichnis	493
Sachverzeichnis	517